Einstimmiger Beschluss des geschäftsführenden UBV am 12. Februar 2009

Vorbemerkungen:

"Wir wollen unsere kommunalen Kliniken in öffentlicher Verantwortung erhalten und gemeinsam mit den Beschäftigten bedarfsgerecht und finanziell verantwortlich weiterentwickeln."

Aus: Kommunalpolitische Grundsätze der SPD Minden-Lübbecke, 26.04.2008

"Die kommunale Trägerschaft des zusammengeführten Krankenhauskonzerns und die politische Verantwortung für das Gesundheitswesen ist dauerhaft zu erhalten."

"Entscheidend für die Sicherung der ortsnahen und hochwertigen Gesundheitsversorgung im Mühlenkreis und für den erforderlichen wirtschaftlichen Erfolg der Kliniken ist neben der angestrebten einheitlichen strategischen und operativen Führung die aktive Einbeziehung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung."

Aus: Sozialdemokratische Grundsätze für die Zusammenführung der Kllniken zur AÖR, 1.12.2005

Verantwortlich handeln: Die Kliniken *gemeinsam* mit den Beschäftigten konsolidieren und in öffentlicher Trägerschaft erhalten !

Die zukunftsfähige Gestaltung des öffentlich verantworteten Gesundheitssektors im Kreisgebiet ist aufgrund seiner strukturbestimmenden wirtschaftlichen Rolle und seines erheblichen Gewichts im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge von zentraler politischer Bedeutung. Die SPD im Kreis Minden-Lübbecke hat die Entwicklung der kommunalen Krankenhäuser und Kliniken in den letzten Jahren und Jahrzehnten folglich stets intensiv politisch begleitet und befördert.

Ziel und Leitlinie für die Fortentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens im Minden-Lübbecke war und ist aus sozialdemokratischer Sicht die nachhaltige Sicherstellung eines gleichermaßen hochwertigen und ortsnahen wie effizienten und wirtschaftlich tragfähigen Versorgungsangebots für die Menschen im Kreis.

Sozialdemokraten in verantwortlichen Positionen im Kreistag und in den beteiligten Räten, an der Spitze der Kreis- und der beteiligten Stadtverwaltungen, in den früheren Zweckverbandsversammlungen und der jetzigen AöR hatten und haben sich dabei ständig im Spannungsfeld gesundheitspolitischer und finanzpolitischer Verantwortung, kommunalpolitischer Möglichkeiten und ordungspolitischer Leitlinien zu bewegen und zu bewähren.

Dabei hat sich die SPD in Minden-Lübbecke immer vom Grundsatz leiten lassen, die Entwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens gemeinsam und in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Beschäftigten der Kliniken und Krankenhäuser, mit ihren Personal-, Betriebsräten und ihrer Gewerkschaft zu gestalten.

Dieser Prozess war und ist nie frei von Konflikten: Unterschiedliche Interessen und Verantwortungsebenen, divergierende strategische Einschätzungen und inhaltliche Standpunkte konnten und können zu durchaus unterschiedlichen Schlussfolgerungen und Positionierungen führen.

Die SPD in Minden-Lübbecke hat sich immer als "Beteiligungspartei" verstanden. Für sie steht daher außer Frage, dass die aktive Einbeziehung der Interessenvertretungen der Beschäftigen in Entscheidungen und in Verantwortung für die Kliniken nicht nur ordnungspolitisch geboten, sondern auch für den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und damit den Erhalt des Unternehmens unverzichtbar ist.

Der SPD-Unterbezirksvorstand bedauert es daher außerordentlich, dass es nicht gelungen ist, auf dieser Grundlage einen vom Start weg gemeinsam verantworteten Sanierungsprozess für die Mühlenkreis-Kliniken (MKK) zu vereinbaren und auf Weg zu bringen.

Für einen erfolgreichen Sanierungsprozess wäre es überdies erforderlich, der Personalvertretung die notwendigen Ressourcen zu aktiven Mitgestaltung zur Verfügung zu stellen: Der UBV hält es daher für falsch, wenn jetzt durch konkretes Vorstandshandeln der MKK die Handlungsfähigkeit der Personalvertretung ohne Not eingeschränkt wird und gesetzliche Nachlaufregelungen von Dienstvereinbarungen einfach negiert werden.

Dennoch, trotz aller Verfahrenskritik: Die den Fortbestand der MKK erheblich gefährdenden strukturellen und finanziellen Probleme lassen es nicht zu, jetzt bloß auf Grundsatz-Positionen zu beharren, sondern erfordern von den Beteiligten aller Verantwortungsebenen gemeinsames und entschlossenes Handeln zum Erhalt von Arbeitsplätzen, zur wirtschaftlichen Rettung des Unternehmens und damit zum Erhalt des öffentlich getragenen Gesundheitswesens in Minden-Lübbecke insgesamt.

Die SPD in Minden-Lübbecke war und ist immer bereit, gerade auch in schwierigen Zeiten und unter erschwerten Rahmenbedingungen Verantwortung für das öffentliche Gesundheitswesen im Mühlenkreis zu übernehmen. Sie fordert daher auch jetzt ihre Mandatsträger und Mitglieder in Politik, Verwaltung, Personalrat und Gewerkschaft in all ihren Funktionen und auf allen Ebenen dazu auf, jede ihrer Möglichkeiten zu nutzen, um doch noch einen Weg für einen gemeinsam getragenen und verantworteten Sanierungs- und Konsoliderungsprozess zu finden – und diesen dann auch zu beschreiten !